

Lothar Probst:

Öko-Partei auf dem Weg zur Mitte

(Welt Online, Gastkommentar 19.Mai 2007)

Noch am Wahlabend waren sich die professionellen Kommentatoren einig, dass in Bremen ein Linksruck stattgefunden habe. Infratest Dimap bereitete sogar eigens für diese Einschätzung eine Grafik auf, in der die Stimmenergebnisse von SPD, Grünen und PDS/Die Linke mit den Stimmen von CDU und FPD im Zeitverlauf miteinander verglichen wurden. Die Grafik, so Infratest Dimap, würde zeigen, dass seit Mitte der 90er-Jahre das "linke Lager" in Bremen kontinuierlich gewachsen ist. Bei der jetzigen Bürgerschaftswahl hätten circa zwei Drittel der Wähler "links" gewählt. Doch man sollte Arithmetik nicht mit Politik verwechseln.

Eine Mehrheit der Wähler der SPD plädiert selbst nach dieser Wahl immer noch für eine Fortsetzung der Großen Koalition, trotz erheblicher sozialer Einschnitte, die die SPD im Bündnis mit der CDU in der Großen Koalition zu verantworten hatte. Schon dies spricht kaum für einen Linksruck. Noch fragwürdiger aber ist, die Grünen einfach einem "imaginären" linken Lager zuzuschlagen. Die Grünen verdanken ihr gutes Stimmergebnis in Bremen unter anderem den Beamten und Angestellten (19 Prozent) sowie den Selbstständigen (21 Prozent). Wie in anderen urbanen Milieus auch zählen ihre Wähler nicht nur zu den am besten Gebildeten, sondern auch zu den am besten Verdienenden. In einigen Stimmbezirken des gutbürgerlichen Stadtviertels Schwachhausen haben die Grünen Stimmergebnisse zwischen 20 und 30 Prozent erreicht. Sie konkurrieren dort direkt mit der CDU um Wählerstimmen.

Tatsächlich sind die Grünen längst zu einer Partei des neuen Bürgertums mutiert und verbinden sich zunehmend auch mit ökonomischen Interessengruppen. Unter den 21 Prozent Selbstständigen, die sie in Bremen gewählt haben, sind sicherlich viele Freiberufler, wahrscheinlich auch einige sogenannte Scheinselbstständige, aber auch kleinere und mittlere Unternehmer aus ökologischen Zukunftsbranchen. Programmatisch äußert sich die Mitteverschiebung der Grünen in den Debatten über eine "ökologische Marktwirtschaft", als deren Anwalt sie sich verstehen.

Aber nicht nur die Wählerbasis, auch das politische Selbstverständnis der Grünen hat sich längst in Richtung Mitte entwickelt. Die Spitzenkandidatin der Bremer Grünen, Karoline Linnert, machte bereits vor der Wahl keinen Hehl daraus, dass sie das Finanzressort übernehmen wolle, wenn es zu Rot-Grün kommt. Es gehe ihr darum, dass die "Bremer Finanzen wieder in Ordnung" kommen. Da verwundert es kaum, dass die erste Stellungnahme nach der Wahl aus dem Schütting, dem Haus der Bremer Kaufleute, relativ nüchtern und unaufgeregt ausfiel. Die Grünen haben längst ihre Schreckfunktion verloren. In der Vergangenheit erwiesen sie sich in Koalitionen mit der SPD in der Regel eher als zuverlässiger, angepasster und berechenbarer Partner. Wenn es also in Bremen nach zwei Jahren Abstinenz tatsächlich wieder zu einer rot-grünen Regierung in Deutschland kommen sollte, dann wird diese mit den früher hochgesteckten Erwartungen eines linken "rot-grünen Projekts" nur noch wenig zu tun haben. Es wird eine Koalition sein, die angesichts der hohen Verschuldung des kleinsten Bundeslandes und der wachsenden sozialen Spreizung im Zwei-Städte-Staat zwar die eine oder andere Korrektur an der Politik der Großen Koalition vornehmen wird, ohne allerdings den vorgegebenen Sanierungspfad zu verlassen. Erst recht wird von dieser Koalition keine bundespolitische Signalwirkung in Richtung einer Neuauflage von Rot-Grün ausgehen. Als großstädtisches Mini-Elektorat mit einer spezifischen Sozialstruktur und entsprechenden Problemlagen eignet sich Bremen in dieser Beziehung nicht als

Trendsetter. Dass der SPD mit der Linken nach dieser Wahl aber eine Konkurrenz am linken Spektrum des Parteiensystems heranwächst, daran dürfte es keinen Zweifel geben. Dies als Zeichen einer Linksverschiebung des gesamten Parteiensystems zu interpretieren, verfehlt jedoch die Wirklichkeit. Wer die Grünen einfach dem linken Lager zuschlägt, hat die strategisch neue Positionierung der Grünen im Parteiensystem der Bundesrepublik offensichtlich noch nicht richtig mitbekommen. Ohne diese Verschiebung der Grünen in die Mitte der Gesellschaft hätte es 2005 weder eine Diskussion über die Jamaika-Koalition gegeben, noch hätte Günther Oettinger nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg überhaupt mit den Grünen über eine Koalition gesprochen.

(Der Autor ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.)

URL: http://www.welt.de/welt_print/article881443/Oeko-Partei_auf_dem_Weg_zur_Mitte.html